

Die fremden Vögel sollen bleiben

SVP-Nationalrat Adrian Amstutz kämpft für die schwarzen Schwäne auf dem Thunersee



Trügerische Idylle. Der Streit um die schwarzen Schwäne auf dem Thunersee geht weiter. Foto Keystone

BARBARA SPYCHER, Bern

Der Besitzer der schwarzen Schwäne auf dem Thunersee hat resigniert. Nicht aber der Berner Oberländer Nationalrat Amstutz: Er geht heute für die exotischen Vögel auf die Strasse.

Anfang Woche schien das Aus für die schwarzen Schwäne auf dem Thunersee definitiv: Deren Besitzer Markus Krebs gab bekannt, er werde die Tiere weggeben. Damit setzte er den «immer unverständlicheren und zermürbenden Auseinandersetzungen» ein Ende. Zuletzt hatte der Kanton Krebs verpflichtet, den Schwänen die Flügel zu stutzen, damit sie den behördlich verfügbaren Perimeter nicht mehr verlassen.

Nicht aufgeben wollen hingegen die Freunde der schwarzen Schwäne, allen voran die Politiker der SVP. Sie kämpfen für die tierischen Migranten. Der Verein Thunersee-Schwanensee stellte sich kurzerhand als neuer Eigentümer der Tiere vor.

Vorübergehend würden die Schwäne bei Krebs «beherbergt», bis sie sich wieder frei und ohne gestutzte Flügel auf dem See bewegen dürfen. Für dieses Ziel werden nun sämtliche politischen Register gezogen: Am Samstag findet in Thun eine Kundgebung für den Schwarzschan statt, prominentester Redner ist der Berner Oberländer SVP-Nationalrat Adrian Amstutz.

AUSNAHMEBEWILLIGUNG. Die Thuner Gemeinderätin und BDP-Nationalrätin Ursula Haller sagt auf Anfrage, sie sei nicht eingeladen worden. Trotzdem zieht sie am gleichen Strick und fragt in einer Interpellation in Bundesbern nach einer «umsetzbaren Lösung». Das Berner Kantonsparlament wird kommende Woche eine Motion von zwei Thuner SVP-Grossräten behandeln, welche den Verbleib von zehn bis 15 Schwarzschanen verlangt.

Amstutz seinerseits hat den Bundesrat in einer dringlichen Anfrage um eine Aus-

nahmebewilligung für die schwarzen Schwäne gebeten. Der Hintergrund des Problems liegt in der Herkunft des Schwarzen Schwans. Er ist keine einheimische Tierart, sondern sie wurde von Zoos und privaten Züchtern aus Australien importiert. Weil solche exotischen Tiere unter Umständen die einheimischen Arten verdrängen können, verbietet die eidgenössische Jagdverordnung das Aussetzen.

SVP-Hardliner Amstutz engagiert sich nun für ein Bleiberecht der ausländischen Vögel. Er beharrt darauf, dass schwarze Schwäne nicht mit exotischen Bismarcken oder Streifenhörchen verglichen werden dürften: Die schwarzen Schwäne hätten in 20 Jahren unbestrittenemassen nie Schaden an Tieren oder Pflanzen angerichtet, ihre Vermehrung sei leicht kontrollierbar, und die Schwäne seien eine touristische Attraktion. «Tierarten kommen und gehen, und eine gewisse Flexibilität und Offenheit ist nötig und unumgäng-

lich», sagt er. «Den Tierschutzalibis ist entschieden entgegenzutreten.»

FORTPFLANZUNGSFREUDIG. Das Problem dabei: In den letzten Monaten haben die schwarzen Schwäne bewiesen, dass sie sich gerne frei bewegen und auch fortpflanzen. Sie hatten Ausflüge an den Genfer- und Neuenburgersee unternommen. Am Wohlensee bei Bern haben sie Eier gelegt. Wäre dasselbe im Naturschutzgürtel am Neuenburgersee passiert, hätten die Eier kaum gefunden und ausgestochen werden können, sorgte sich der eidgenössische Jagdinspektor Reinhard Schnidrig. Damit stünde man vor der Ansiedlung einer neuen Tierart, ohne zu wissen, welche Risiken damit verbunden seien.

Wie eine Petition mit 6000 Unterschriften und die Leserbriefspalten zeigen, beunruhigt das viele Thuner nicht: Sie wollen ihre «schönen» schwarzen Schwäne behalten.

Schweizer Fernsehen sucht Chef

Direktorin Ingrid Deltenre wechselt nach Genf

Nach sechs Jahren in Leutschenbach leitet Deltenre ab 2010 eine multinationale Fernsehorganisation.



Fernsehdirektorin Ingrid Deltenre (Bild) verlässt Ende Jahr das Schweizer Fernsehen (SF). Die 48-Jährige wird Anfang 2010 Generaldirektorin der European Broadcasting Union (EBU) in Genf. Die EBU ist die grösste Vereinigung nationaler Sender in aller Welt. Ihr gehören heute 75 öffentlich-rechtliche Rundfunkunternehmen aus 56 Ländern an.

Deltenre ist seit 2004 SF-Direktorin. Über ihre Nachfolge werde der Verwaltungsrat der SRG SSR idée suisse Deutschschweiz in den nächsten Tagen beraten, heisst es in einer Mitteilung von SF. Es gelte, die SF-Führung bis zum Abschluss des Projekts Medienkonvergenz, bis zur Zusammenlegung mit Schweizer Radio DRS Anfang 2011, sicherzustellen. Das Projekt sieht nur noch einen Direktorenposten für Radio und Fernsehen vor – und Deltenre wurden hier Ambitionen nachgesagt. Deltenres Chef, SRG-Generaldirektor Armin Walpen, glaubt allerdings nicht, dass Deltenres Wechsel etwas mit diesem Projekt zu tun hat.

Anders sieht das die Mediengewerkschaft SSM. Deltenre habe wohl gemerkt, dass sie viel Gegenwind habe «und dass dieser Gegenwind auch in einem Jahr noch da sein wird, wenn es um die definitive Besetzung des Postens des Gesamtdirektors oder der Gesamtdirektorin geht», sagte Ernst Gräub, Sekretär SSM-Gruppe Fernsehen. SDA/AP

Verständnis für Ärzte schwindet

Verbot des Medikamentenverkaufs hat im Parlament Chancen



Ärzte gegen Bundesrat. Bundesrat Pascal Couchepin (rechts) und Ärztepräsident Jacques de Haller legen sich miteinander an. Fotos Keystone

TIMM EUGSTER

Bundesrat Pascal Couchepin ernennt von links bis rechts Beifall für seinen Versuch, den Ärzten den Medikamentenverkauf zu verbieten. Seine isolierte und forsche Ankündigung aber schade dem Anliegen, wird befürchtet.

«Einige werden auf die Barrikaden steigen – und der Ausgang der Schlacht ist völlig offen», rief Bundesrat Pascal Couchepin fröhlich in den Saal, als er am Donnerstag im Ständerat ankündigte, dass er den Ärzten den Verkauf von Medikamenten verbieten will. Er hat sich nicht getäuscht: «Das wird einen grösseren Aufschrei geben als bei der Senkung der Labortarife», kündigt Jacques de Haller, Präsident der Ärztesgesellschaft FMH an. Der Plan gefährde die Grundversorgung auf dem Land: «Die Ärzte verlören rund einen Viertel ihres Einkommens.»

Für Gesundheitspolitiker von links bis rechts ist jedoch klar: Der

Plan ist grundsätzlich richtig – weil er verhindert, dass Ärzte besser verdienen, wenn sie ihren Patienten mehr und teurere Medikamente verschreiben. «Ich bin überzeugt, dass wir so einiges sparen könnten», sagt der Basler SVP-Nationalrat und Arzt Jean Henri Dunant. Der Verkauf durch Ärzte habe höchstens noch in sehr entlegenen Gegenden eine Berechtigung. Heute ist er fast in der gesamten Deutschschweiz und selbst in Städten wie Zürich erlaubt.

ÄRGER. Auch die Gesundheitspolitikerinnen Anita Fetz (SP, BS) und Verena Diener (Grünliberale, ZH) unterstützen das Anliegen und räumen ihm Chancen ein im Parlament. Dies allerdings nur, wenn das stärkste Argument der Ärztelobby entkräftet wird, indem der Einkommensverlust der bedrängten Hausärzte ausgeglichen wird. Dies wäre etwa durch eine Anpassung der Taxpunkte möglich. «Bundesrat Couchepin muss ein

Gesamtpaket vorlegen», fordert Diener. Couchepin will seinen Plan aber isoliert bei der Revision des Heilmittelgesetzes umsetzen.

Diener ärgert sich: «Diese isolierte Ankündigung ist mehr als unglücklich – Couchepin provoziert Emotionen statt Lösungen.» Sie will sich nun im Parlament für eine Lösung einsetzen, die Hausärzte nicht in Schwierigkeiten bringt, – sondern stärkt: «Die Leistungen der Grundversorger müssen besser bezahlt werden, die Spezialisten hingegen müssen Einbussen in Kauf nehmen.» Eine solche Anpassung der Tarifstruktur fordern auch die kantonalen Gesundheitsdirektoren, – und auch Couchepin erwägt, sie per Notrecht zu verfügen. «Das wäre nur eine allerletzte Möglichkeit, wenn die Kosten weiter explodieren und sich Kassen und Ärzte nicht einigen», schränkt sein Sprecher Jean-Marc Crevoisier aber ein.

REFERENDUM. Bis jetzt ist die Lage blockiert, da die FMH sich gegen Lohnbussen für Spezialärzte wehrt. «Sie betreibt auf dem Buckel der Prämien- und Steuerzahler Ständepolitik, damit die Spezialisten ihre hohen Löhne behalten können», ärgert sich Fetz und warnt: «Die Ärzte wären politisch klug beraten, wenn sie Hand böten zu einer Lösung.» De Haller hingegen sieht gute Chancen, dass das Parlament Couchepins Pläne stoppt. Andernfalls könnten die Ärzte das Referendum ergreifen. Er ist überzeugt: «Unsere Chancen in einer Volksabstimmung wären gut.» > SEITE 31

ANZEIGE



Ruhepol USM Möbelbausysteme harmonieren mit zeitgenössischem Lebensstil.

Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen im autorisierten Fachhandel.

Alinea AG Zähringerstrasse 14, 4057 Basel
Showroom City, Kirschgartenstrasse 5, 4051 Basel
Telefon 061 690 97 97, www.alineabasel.ch

Wohnbedarf AG Aeschenvorstadt 48–52, 4010 Basel
Telefon 061 295 90 90, www.wohnbefdarf.com

Wohntip AG Gelterkinderstrasse 28, 4450 Sissach
Telefon 061 971 40 70, www.wohntip.ch

USM
Möbelbausysteme